



Die staatlichen Gesundheitsämter (im Bild die Diensträume des Gesundheitsamts Lüdenscheid) fungierten in der Zeit des Nationalsozialismus als Stellwerke individueller Lebenswege. Klinikärzte traten auch oft als Gutachter in Euthanasieverfahren auf.

FOTOS: WIKIPEDIA/STADTARCHIV LÜDENSCHIED;

Volk, Gesundheit, Staat in der NS-Zeit

Ausstellung beleuchtet „Erb- und Rassenpflege“ im Nationalsozialismus

Lüdenscheid – „Volk Gesundheit Staat – Gesundheitsämter im Nationalsozialismus“ ist der Titel einer Wanderausstellung der Charité Berlin und des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BVÖGD), die auch in Lüdenscheid zu sehen sein wird. Und zwar vom 17. Oktober bis 30. November im Jürgen-Dietrich-Forum des Rathauses. Die Ausstellung, die 19 Rollups umfasst, „präsentiert Tätigkeitsbereiche der Gesundheitsämter während des Nationalsozialismus am Beispiel der Länder Thüringen und Württemberg.“

Im Mittelpunkt steht die Umsetzung der „Erb- und Rassenpflege“, deren Grundsätze die Leitlinie für alle Tätigkeitsbereiche lieferten. Schließlich werden Aspekte struktureller, programmatischer und personeller Kontinuität im öffentlichen Ge-

sundheitsdienst nach der Befreiung 1945 betrachtet, heißt es in der Ankündigung. Die Wanderausstellung wird ergänzt um acht Rollups des Vereins GeDenk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid mit dem Titel „NS-Gesundheitswesen in Iserlohn und Lüdenscheid“.

Erweiterung um lokale Perspektive

Darauf wird aus lokaler Perspektive auf den ideologischen Hintergrund der NS-Gesundheitspolitik eingegangen. Dies geschieht unter zwei Aspekten. Zum einen würden die gesellschaftlichen Leitbilder demokratischer Staaten wie der Weimarer Republik und der Bundesrepublik den sehr gegensätzlichen Leitbildern des totalitären NS-Staates gegenübergestellt. Zum anderen werde

aufgezeigt, wie die staatlichen Gesundheitsämter in der NS-Zeit als Stellwerke individueller Lebenswege fungierten.

Im Fokus der lokalen Ergänzung stehen auch Rollups, die das Wirken der Gesundheitsämter und Krankenhäuser in Iserlohn und Lüdenscheid beschreiben und an die Opfer der Euthanasie-Politik im Märkischen Kreis erinnern sollen. „Die Krankenhäuser waren deshalb einzubeziehen, weil dort in der Regel die Zwangssterilisationen vorgenommen wurden, die von den Gesundheitsämtern beantragt und vom Erbgesundheitsgericht in Hagen beschlossen wurden. Klinikärzte traten oft auch als Gutachter in den Euthanasieverfahren auf“, heißt es in der Ankündigung.

Zur Ausstellung wird außerdem ein kostenloses Begleitprogramm angeboten.



Der Gesundheitsdienst wurde für die ideologischen Zielsetzungen eingesetzt.

Für Dienstag, 24. Oktober, lädt man ins Jürgen-Dietrich-Forum ab 18 Uhr ein, zu einem Vortrag von Dr. Jan Erik Schulte, Leiter Gedenkstätte Hadamar. Schulte referiert zum Thema „Zwangssterilisa-

tionen durch die Nationalsozialisten und die verspätete Anerkennung der Gewalttaten in der BRD“.

Für Dienstag, 7. November, ebenfalls ab 18 Uhr ist ein Vortrag von Dr. Johannes Donhauser, Medizinaldirektor Landratsamt Neuburg, geplant. Thema: „Die Rolle der Gesundheitsämter im Nationalsozialismus: Aussonderungen für die Volksgesundheit – den „gesunden Volkskörper“.“

Eröffnung

Die Ausstellung „Volk Gesundheit Staat – Gesundheitsämter im Nationalsozialismus“ wird am 17. Oktober um 18 Uhr durch Bürgermeister Sebastian Wagemeyer und Volker Schmidt, Fachbereichsleiter Gesundheit MK, eröffnet. Zu sehen ist sie kostenlos während der regulären Öffnungszeiten des Rathauses.